



Populistisch oder weitsichtig?

Die Haltung Ungarns
in der europäischen Flüchtlingsfrage

JAN NIKLAS ENGELS

Oktober 2015

- Die Zahl der Flüchtlinge, die auf der Westbalkanroute nach Ungarn gelangen, ist im Jahr 2014 stark gestiegen. Doch wie bereits in den Vorjahren bleibt nur ein geringer Teil im Land und stellt einen Asylantrag, wie es das Dublin-Abkommen vorsieht. Ungarn ist Transitland, aber nicht Zielland der Migrationsbewegung.
- Die ungarische Regierung sieht eine neue Völkerwanderung der modernen Zeit in Gang und fordert eine stärkere Sicherung der europäischen Außengrenzen. Eine liberale Flüchtlingspolitik und eine Verteilungsquote auf europäischer Ebene werden abgelehnt.
- Durch eine bereits im Frühjahr gestartete nationale Konsultation und Plakataktion gegen illegale Einwanderung wurden geschickt die Ängste der Bevölkerung vor Überfremdung genutzt. Durch Gesetzesverschärfungen und die Errichtung von Grenzzäunen wird vermittelt, dass die Regierung energisch und erfolgreich gegen illegale Wirtschaftsmigranten vorgeht. Tatsächlich verlagert sich die Westbalkanroute lediglich.
- Auch auf europäischer Ebene konnte sich Viktor Orbán als Vorkämpfer gegen den liberalen Zeitgeist und als starke konservative Führungspersonlichkeit mit Weitblick präsentieren. Die europäische Flüchtlingskrise zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union und die Bedeutung der vielbeschworenen europäischen Werte.

Wird Ungarn überrannt? Zahlen zur Migration in Ungarn

»Europa muss verstehen, dass man nicht aufnehmen kann, wenn man überrannt wird. Und jetzt wird man überrannt«, formulierte der ungarische Regierungschef Viktor Orbán in seinem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 3. September 2015. In der Tat ist die Zahl der Flüchtlinge auf der Westbalkanroute stark angestiegen.

Laut Angaben der ungarischen Polizei sind im Jahr 2015 bis Mitte Oktober 373490 illegale Immigrant_innen in Ungarn angekommen. Davon haben 176388 Personen einen Asylantrag gestellt. Im Vorjahr wurden dagegen insgesamt knapp 43000 Asylsuchende gezählt, was bereits eine Verdopplung der Zahlen im Vergleich zum Jahr 2013 bedeutete. Pro Kopf gerechnet, wurden im Jahr 2014 nach Schweden die meisten Anträge auf Asyl in der EU in Ungarn gestellt. Doch die meisten Flüchtlinge warten das Asylverfahren in Ungarn erst gar nicht ab und ziehen weiter Richtung Westen. 2014 wurden in Ungarn nicht einmal 5500 Asylverfahren bearbeitet. Über 90 Prozent dieser Anträge wurden abgelehnt.

Es verwundert daher nicht, dass es sich bei den Flüchtlingen inzwischen herumgesprochen hat, dass man die Registrierung in Ungarn, wenn möglich, meidet und die Abnahme von Fingerabdrücken verweigert. Denn nach den Regeln des Dublin-Abkommens muss das Asylverfahren im Schengen-Erstaufnahmeland durchgeführt werden. Reist man dennoch in andere Schengen-Mitgliedsländer weiter, droht eine Rückführung nach Ungarn.

Laut Pro Asyl stellte Deutschland an Ungarn im letzten Jahr 3913 sogenannte Übernahmeersuche, um Abschiebungen auf der Grundlage des Dublin-Abkommens nach Ungarn einzuleiten. Doch tatsächlich wurden 2014 nur 827 Personen von Deutschland nach Ungarn abgeschoben. Für diese geringe Zahl gibt es zwei Gründe: Erstens hat Ungarn erklärt, dass es aus organisatorischen Gründen täglich nur eine geringe Zahl von Übernahmen durchführen kann. Zweitens hatten einige deutsche Bundesländer die Rückführungen nach Ungarn ausgesetzt, da sie in Ungarn Asylmindeststandards nicht eingehalten sahen. So erklärte beispielsweise das Verwaltungsgericht Berlin Abschiebungen nach Ungarn für unzulässig, da eine »ernstliche Befürchtung der systematisch will-

kürlichen und unverhältnismäßigen Inhaftierung von alleinstehenden und volljährigen Dublin-Rückkehrern« bestehe.

Die Zahl der Ausländer_innen in Ungarn ist sehr gering. Nach Angaben des ungarischen Statistikamts gibt es aktuell ca. 146000 Ausländer_innen, darunter knapp über 100000 Europäer_innen inklusive vieler Auslandsungarn, die zwar die Nationalität eines der Nachbarländer besitzen, aber ungarischer Abstammung sind. Ihre Muttersprache ist ungarisch. Aus Asien werden knapp 34000 Menschen gezählt, aus Afrika stammen nicht einmal 5000 Einwanderer_innen. Das sind, auch für ein Land mit zehn Millionen Einwohner_innen wie Ungarn, keine hohen Zahlen.

Erwähnenswert ist dabei, dass die ungarische Regierung besonders in Asien für die Möglichkeit wirbt, eine Aufenthaltsgenehmigung für Ungarn zu erhalten. Wer momentan für 300000 Euro ungarische Staatsobligationen erwirbt und diese fünf Jahre lang hält, bekommt eine Aufenthaltserlaubnis. Über dieses Programm sind 2013/2014 laut Antwort auf eine parlamentarische Anfrage 491 Millionen Euro eingenommen worden.

Die Position der ungarischen Regierung

Ungarn war und ist also Transit-, aber nicht Zielland der Flüchtlinge. Der Ausländeranteil und die Migration nach Ungarn sind sehr gering. Führt die ungarische Regierung also eine Phantomdebatte, wenn sie vor einer drohenden Überfremdung warnt? Sicherlich spielen strategische Überlegungen bei der Flüchtlingsdebatte in Ungarn eine große Rolle, doch es gibt auch ein reales Risiko, dass Ungarn am Ende mit dem Großteil der Asylsuchenden allein zurechtkommen muss. Denn aufgrund der existierenden Regelungen müsste Ungarn als Erstaufnahmeland alle Asylanträge bearbeiten und die Asylbewerber_innen in dieser Zeit auch beherbergen. Die ungarische Regierung wird dabei nicht müde, darauf hinzuweisen, dass auf der Westbalkanroute das Erstaufnahmeland in den meisten Fällen Griechenland ist, welches seiner Pflicht der Registrierung aber so gut wie nicht nachkomme und die Flüchtlinge in Richtung Ungarn weiterziehen lasse.

Eine europäische Verteilungsquote lehnte die ungarische Regierung bisher stets mit dem Hinweis ab, dass

zuerst die Außengrenzen gesichert werden müssten. Zur Not müsse daher die EU die Sicherung der griechischen Grenzen übernehmen. Außerdem wurde ins Feld geführt, dass über eine Verteilung nur diskutiert werden könne, wenn die Gesamtzahl der Flüchtlinge bekannt sei. Dabei würde Ungarn als Erstaufnahmeland von einer Verteilungsquote profitieren, da man aufgrund des Dublin-Abkommens eigentlich viel mehr Asylbewerber_innen im Land beherbergen müsste. Doch die Realitäten sehen bekanntermaßen anders aus.

Bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen schlug die ungarische Regierung eine globale Verteilungsquote für Flüchtlinge vor. Dieser Vorschlag zielt geschickt auf die arabischen Länder sowie die USA ab, da ihnen Passivität bei der Aufnahme von muslimischen Flüchtlingen bzw. eine Verantwortung für die steigende Zahl an Kriegsflüchtlingen vorgehalten wird. Weiter schlug Orbán ein stärkeres Engagement in den Krisengebieten und finanzielle Hilfe für Flüchtlingslager in der Nähe der Krisenherde vor.

Auch in Ungarn selbst konzentrierte sich die ungarische Regierung auf die Sicherung der Außengrenzen und kündigte den Bau eines 175 Kilometer langen und vier Meter hohen Grenzzaunes zu Serbien an. Gleichzeitig unternahm die ungarische Regierung wenig, um die Situation an den Budapester Bahnhöfen, wo mehrere tausend Flüchtlinge festsaßen, humanitär zu lösen. Statt eine Kommunikation mit den Flüchtlingen aufzubauen, wurden nur über den Aufmarsch und Abzug von Polizist_innen bzw. durch die Einstellung des Zugverkehrs nach Österreich Signale gesendet. Ohne den Einsatz vieler freiwilliger Helfer_innen, die sich über die sozialen Medien formierten und von Suppenküchen über medizinische Versorgung bis hin zur Kinderbetreuung alles selbstständig organisierten, hätte es schnell zu Panikreaktionen und Ausschreitungen kommen können.

Die ungarische Regierung setzt auf Abschreckung, die auch durch das im Schnellverfahren beschlossene Gesetz zum Ausdruck kam, welches zum 15. September eine »neue Zeitrechnung« in der Immigrationsfrage einläuten sollte. Danach soll jeder, der die Grenze illegal überschreitet, in kürzester Zeit gerichtlich verurteilt werden. Rechtlich wäre eine mehrjährige Haftstrafe möglich, doch die bisherigen Urteile sehen eine direkte Ausweisung und zumeist ein einjähriges Einreiseverbot nach Ungarn vor. Da die südlichen Nachbarländer als sichere

Staaten deklariert werden, ist die Gewährung von Asyl in Ungarn de facto nicht mehr möglich. Dies deckt sich mit der Auffassung der ungarischen Regierung, die konsequent auch nur von illegalen Wirtschaftsmigrant_innen spricht. Denn wer sich, so die Argumentation, über die Westbalkanroute auf den Weg in die EU macht, ist nicht mehr verfolgt, sondern aus ökonomischen Überlegungen heraus unterwegs.

Die Regierung verkündete Anfang Oktober, dass ihre Maßnahmen wirken, und verwies darauf, dass maximal 200 Personen pro Tag am Zaun aufgegriffen werden. Dabei wurde verschwiegen, dass täglich um die 7000 Flüchtlinge die kroatisch-ungarische Grenze passieren und diese direkt nach Österreich weitergeleitet werden. Dadurch entstand die paradoxe Situation, dass die Grenze zu Serbien mit großem Aufwand und viel medialem Wirbel und Verweis auf die Verpflichtungen im Schengener Abkommen geschlossen wurde. Doch an der kroatischen Grenze konnten die Flüchtlinge – Schengen hin oder her – weiter nach Österreich reisen. Inzwischen wurden die Grenzzäune weiter ausgebaut und stehen nun auch an der Grenze zu Kroatien und Rumänien. Die Westbalkanroute formiert sich jetzt neu und die Flüchtlinge suchen sich einen neuen Weg.

Politik im Einklang mit den Einstellungen der ungarischen Bevölkerung?

Die ungarische Regierung sieht ihre Flüchtlingspolitik im Einklang mit dem Willen ihrer Bevölkerung. Zur Untermauerung ihrer Sichtweise verweist sie gerne auf eine »nationale Konsultation«, die im Frühjahr 2015 gestartet wurde, als die Zunahme der Asylsuchenden noch keine große Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung hatte. Ein Fragebogen mit zwölf Fragen wurde an alle Wahlberechtigten verschickt. Wissenschaftler_innen und Analyst_innen kritisierten die Fragen als manipulativ und einseitig, da wirtschaftliche Einwanderungsgründe in den Vordergrund gestellt und Einwanderung als Bedrohung dargestellt wurde. So lautete die letzte Frage, ob man der ungarischen Regierung darin zustimme, dass eher ungarische Familien als Immigrant_innen unterstützt werden sollten. Auch gab es jeweils mehr Antwortmöglichkeiten im Sinne der Regierungspolitik als dagegen.

Auch wenn nur eine Million der verschickten acht Millionen Fragebögen wieder zurückgeschickt wurde, bewertet die ungarische Regierung den Konsultationsprozess als großen Erfolg, da die Ergebnisse eine hohe Zustimmung zu ihrer Flüchtlingspolitik widerspiegeln. So sollen 77,4 Prozent der Befragten der Auffassung zustimmen, dass das Missmanagement der Immigrationspolitik durch Brüssel etwas mit der Zunahme des Terrorismus zu tun habe. 17,5 Prozent tendieren dazu, dieser Aussage zuzustimmen. Nur 5,1 Prozent stimmen der Aussage nicht zu.

Umfragen zeigen bereits seit einigen Jahren, dass, trotz (oder gerade wegen) des geringen Anteils an Ausländer_innen in Ungarn, die xenophoben und gegen Immigration gerichteten Einstellungen recht stark sind. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Tarki aus dem Jahr 2015 zufolge sind 46 Prozent der ungarischen Bevölkerung offen ausländerfeindlich eingestellt. Der DEREK-Index, der rechtsextreme Einstellungen misst, zeigt, dass 45 Prozent der ungarischen Bevölkerung extrem intolerante Einstellungen gegenüber Minderheiten haben. Auch im regionalen Vergleich ist dies ein sehr hoher Wert. So werden in der Slowakei 39 Prozent, in Tschechien 32 Prozent und in Polen nur 18 Prozent gemessen. Das ungarische Forschungsinstitut Political Capital nennt drei Gründe für die stark ablehnende Haltung der ungarischen Bevölkerung: erstens Angst vor dem Unbekannten, zweitens ein abstraktes Bild von Einwander_innen, das in erster Linie durch die Medien vermittelt wird, und drittens die stark zunehmende politische Antiimmigrationsrhetorik.

Tatsache ist aber auch, dass das Thema »Illegale Einwanderung nach Ungarn« bisher keine Rolle im politischen Diskurs gespielt hat. So gaben bei einer Eurobarometer-Umfrage gerade einmal drei Prozent der ungarischen Befragten an, dass Immigration eines der dringendsten Probleme sei. Nur ein Prozent nannte Terrorismus. In Deutschland dagegen wurde Immigration von 37 Prozent der Befragten genannt.

Innenpolitischer Popularitätsgewinn auf Kosten der Flüchtlinge?

Viele politische Analyst_innen vermuten, dass das Flüchtlingsthema aus innenpolitischen Überlegungen heraus von der Regierungspartei aufgebaut wurde. Ein Indiz

dafür ist, dass die arbeitsaufwendige und langwierige nationale Konsultation zum Thema frühzeitig vorbereitet wurde. Auch wurde sie von einer umfangreichen Plakataktion, die beispielsweise Flüchtlinge (in ungarischer Sprache) dazu aufforderte, Ungarinnen und Ungarn nicht den Arbeitsplatz wegzunehmen, begleitet. Hintergrund der Kampagne soll die Suche der Regierungspartei nach einem neuen populären Thema gewesen sein. Aufgrund der starken xenophoben Einstellungen in der Bevölkerung bot sich die abzeichnende Zunahme von Flüchtlingen auf der Westbalkanroute als neues politisches Thema an.

Ein Popularitätsschub war nötig, da die Regierungspartei ab Herbst 2014 stark an Zustimmung verloren hatte. Eine geplante Internetsteuer führte zu Protestaktionen im ganzen Land, und auch die Umstellung des Autobahnmautsystems stieß auf großen Unmut. Dazu kamen eine Reihe von Korruptionsfällen und die auffällige Nähe einiger Fidesz-Politiker zur Quaestor-Finanzgruppe, die viele Privatanleger_innen um ihr Geld gebracht hatte. Innerhalb eines Jahres fiel die Zustimmung in der Gesamtbevölkerung für die Regierungspartei von 35 auf nur noch 21 Prozent. Bei allen drei Nachwahlen zum Parlament gewannen oppositionelle Kandidaten. So konnte die rechtsextreme Jobbik erstmals ein Direktmandat erzielen und auch in den Umfragen stark zulegen.

Mit der Flüchtlingskrise hat sich das Blatt wieder gewendet. Jobbik stagniert inzwischen und Fidesz konnte wieder zulegen. Das Flüchtlingsthema beherrscht den politischen Diskurs, und mit dem Bau eines Grenzzaunes sowie einer verschärften Gesetzgebung hinsichtlich illegaler Migration hat die Regierung wieder das Heft in die Hand genommen. Gemäß einer Umfrage von Médian im September 2015 stimmen 68 Prozent der Bevölkerung dem Bau des Grenzzaunes zu. 79 Prozent könnten sich noch striktere Maßnahmen gegen Migrant_innen vorstellen.

Zuwanderung als Lösung für die demografische Entwicklung Ungarns?

Dabei könnte Ungarn Zuwanderung vertragen: Nach Hochrechnungen wird die ungarische Bevölkerung bis zum Jahr 2035 um acht Prozent sinken. Die Abnahme könnte noch stärker ausfallen, da gleichzeitig immer mehr junge Menschen im Zuge der Freizügigkeit sich

nach Arbeitsmöglichkeiten in Westeuropa umschaufen. Nach Angaben von Regierungsmitarbeiter_innen sind schon heute ca. 350 000 Ungarn in einem anderen EU-Land beschäftigt. Allein letztes Jahr wanderten mehr als 31 000 Ungarinnen und Ungarn aus. Beliebtestes Zielland ist dabei Deutschland, wo 124 000 ungarische Staatsbürger_innen leben sollen.

Daher haben schon heute ungarische Firmen teilweise große Probleme bei der Mitarbeiterrekrutierung. Entsprechend einer Umfrage der ManpowerGroup finden über 50 Prozent der ungarischen Firmen nicht das Personal, welches sie suchen. Besonders gut qualifizierte Arbeiter_innen zieht es weg. So sind im ungarischen Gesundheitswesen 40 Prozent der Ärzt_innen über 60 Jahre alt. Besonders in ländlichen Regionen finden sich keine Mediziner_innen zur Übernahme von Praxen mehr. Doch eine Immigration aus anderen Kulturkreisen wird aus Angst vor Überfremdung von der ungarischen Regierung ausgeschlossen. Stattdessen ist man der Meinung, dass man über andere Optionen verfügt. So will man verstärkt Ungarinnen und Ungarn über verschiedene Programme zur Rückmigration in das Heimatland motivieren. Außerdem verweist man auf die Möglichkeit von Einwanderung der Auslandsungarn, die in den Nachbarländern ansässig sind. Drittens sieht man die Aufgabe, die Roma zu integrieren, die zu den sozial schwächsten Gruppen des Landes gehören, als vorrangig an.

Die Reaktionen der anderen politischen Parteien

Die rechtsextreme Jobbik-Partei verfolgte eigentlich – nach dem Vorbild des Front National – einen neuen »softeren« Kurs, um sich als neue Volkspartei und Alternative zu Fidesz zu positionieren. Daher wurde sie von der scharfen Fidesz-Rhetorik in der Flüchtlingsfrage zunächst auf dem falschen Fuß erwischt. Doch inzwischen hat sie den Wettbewerb wieder aufgenommen und fordert als Oppositionspartei oftmals noch radikalere Lösungen, um die Grenze zu sichern und die illegalen Migrant_innen abzuwehren.

Auch die sogenannte grüne Partei LMP zeigte sich einwanderungskritisch und forderte GPS-Tracker für Asylbewerber_innen, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány nahm dagegen Flüchtlinge medienwirksam

bei sich zuhause auf und positionierte seine Partei Demokratische Koalition in der Flüchtlingsfrage deutlich liberal. Auch Együtt und Dialog für Ungarn (PM), eine Abspaltung der LMP, nahmen ähnliche Positionen ein.

Die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) verordnete sich eine »positive Neutralität« in der Flüchtlingsfrage: Zwar stellte sie ihre Parteizentrale für das Sammeln von Hilfsgütern für die Flüchtlinge zur Verfügung und verurteilte die fehlende humanitäre Hilfe durch die Regierung; gleichzeitig betonte man aber auch die Wichtigkeit des Schutzes der Grenze und die Einhaltung von Recht und Gesetz. Die MSZP wähnt sich in einer Zwischmühle, da sie sich einerseits als international solidarisch versteht, andererseits aber auch weiß, dass ein Großteil ihrer Wählerschaft nicht einwanderungsfreundlich eingestellt ist.

Europäische Werte oder ein Europa starker Nationalstaaten?

Viktor Orbán, dessen Regierungspolitik bereits mehrfach als nicht auf den europäischen Werten basierend kritisiert wurde, nutzt die Flüchtlingsthematik, um sich auch auf EU-Ebene als Vorreiter eines anderen Europas zu präsentieren. Seine Argumente und Warnungen ähneln auch denen anderer europäischer rechtspopulistischer Politiker wie Le Pen oder Wilders. Doch ist er der einzige Regierungschef mit einer starken Mehrheit im Parlament, der seine Vorstellungen in reale Politik umsetzen kann. Orbán steht für ein Europa der Nationalstaaten mit einer christlich-konservativen Ausrichtung, in dem möglichst viele Bereiche in nationaler Verantwortung geregelt werden sollen, auch die Frage der Einwanderung. Für sein eigenes Land gilt dabei die Losung »Ungarn den Ungarn«.

Ihre liberale Ausrichtung sieht Orbán als das Grundproblem der Europäischen Union, auch beim Umgang mit der Flüchtlingskrise, bei der aus Gründen der politischen Korrektheit und aus falsch verstandenem Mitgefühl mit den Flüchtlingen die falschen Signale ausgesendet würden und so eine Sogwirkung entstehe. Doch diese liberale Einwanderungspolitik entspreche nicht dem Mehrheitswillen der Bürger. Eine solche elitäre, da vom Willen der Bevölkerung entkoppelte, Politik würde den Abstieg der alten Volksparteien nur beschleunigen und extremistische Parteien stärken.

Perspektivisch ergibt sich daraus eine Gretchenfrage für Europa: Wollen wir ein Europa, das seine europäischen Werte lebt und diese auch bei in weiten Teilen der europäischen Gesellschaft unpopulären Themen wie dem Recht auf Asyl hochhält? Oder wollen wir eine Politik, die sich weniger an Grundwerten, dafür an nationalen Interessen und gesellschaftlichen Einstellungen orientiert?

Fazit und Ausblick

Die ungarische Regierung und eine Mehrheit ihrer Gesellschaft wollen keine Flüchtlinge aufnehmen. Sie wollen ihre gesellschaftlichen Strukturen konservieren und sind überzeugt, dass die einzige vernünftige Reaktion auf die in ihren Augen moderne Völkerwanderung das Hochrüsten der Festung Europa ist.

Deutschlands Willkommenskultur wird als Teil des Problems gesehen, da diese die Flüchtlingsströme noch verstärkte und das Schengen-System von innen gefährde. Das Drängen Deutschlands auf eine solidarische europäische Antwort auf die Flüchtlingssituation wird als »moralischer Imperialismus« gewertet, der langfristig die europäischen Länder irreversibel verändern und ihre christlich-kulturellen Prägungen auflösen wird.

Übersehen wird, dass sich die ungarische Regierung statt mit Fragebögen, Plakataktionen, Gesetzesverschärfungen und Zaunbau auch mehr mit der Einrichtung von Erstaufnahmestellen, Logistik und Kommunikation mit den Flüchtlingen hätte beschäftigen können. Dann wäre die europäische Flüchtlingskrise im Sommer 2015 sicherlich weniger dramatisch verlaufen und eine europaweite Koordination wäre möglich gewesen. Doch dies lag offensichtlich nicht im Interesse der ungarischen Regierung.

Der außenpolitische Schaden dieses Regierungskurses ist enorm. Es gibt kaum ein Nachbarland, mit dem es nicht zu heftigen Auseinandersetzungen und gegenseitigen

Vorwürfen während der Flüchtlingskrise gekommen ist. Auch das internationale Ansehen Ungarns hat aufgrund des wenig empathischen Umgangs mit den Flüchtlingen weiter gelitten.

Dennoch muss nun eine gemeinsame europäische Lösung für die Flüchtlingsfrage gefunden werden. Eine echte europäische Lösung muss nicht nur die Verteilung der Flüchtlinge klären, sondern auch eine Balance zwischen dem Schutz des Grundrechtes auf Asyl und der Kontrolle der Außengrenzen finden. Dazu gehört auch, dass man sich auf einheitliche Asylstandards sowohl für die Unterbringung als auch für die Prüfung der Asylanträge einigt. Kein leichtes Unterfangen angesichts der unterschiedlichen Praktiken und Grundüberzeugungen der Nationalstaaten.

Losgelöst von der kurz- bis mittelfristigen Notwendigkeit einer europäischen Einigung in der Flüchtlingsfrage, um das europäische Projekt mit seinen Errungenschaften wie der Freizügigkeit zu erhalten, ist auch ein verstärkter paneuropäischer Dialog notwendig. Ein Dialog, der auf gleicher Augenhöhe geführt wird, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern. Ein Austausch, der alle gesellschaftlichen Gruppen einbezieht und nicht nur auf Regierungsebene geführt wird. Sich gegenseitig mangelnde Solidarität oder Scheinheiligkeit vorzuwerfen, hilft nicht weiter. Nur wenn auf der einen Seite verstanden wird, dass die EU-Osterweiterung nicht nur eine Erfolgsgeschichte ist, sondern viele Neumitglieder in ihren Erwartungen enttäuscht wurden, nur dann kann auf der anderen Seite auch verstanden werden, dass die europäischen Werte nicht nur eine hohle Phrase zur Gängelung unliebsamer EU-Mitglieder, sondern zentraler Bestandteil und Leitfaden des gemeinsamen europäischen Projektes sind. Beides zusammen könnte zu der Einsicht führen, dass die soziale und demokratische Dimension Europas endlich gestärkt werden muss, wozu auch die Angleichung der Lebensstandards und Zukunftsperspektiven aller EU-Mitglieder gehört.



Über den Autor

Jan Niklas Engels ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-95861-304-1